

deren es einige gab, werden wir noch lange schmunzeln können.

Unseren Nachfolgern, Herrn Kollegen König, Herrn Kollegen Schindler und Herrn Kollegen Jentsch darf ich im Namen des Rektorates alles Gute wünschen, Gelassenheit, Humor und Gesundheit. Ich darf Ihnen vor allem wünschen, daß der „Streß“ des Rektorates nicht auf Ihre Familien sozusagen durchschlagen möge. Ich bin sicher, an Weitsicht wird es ohnehin nicht fehlen.

Das neue Rektorat ist dieser Universität auf das Innigste verbunden, und seine Mitglieder haben

bereits entscheidende Beiträge zum Auf- und Ausbau dieser Universität geleistet. Ich bin auch sicher, daß es Ihnen an der Unterstützung aus dem Hause nicht fehlen wird. Vor allem möchte ich Ihnen aber wünschen, daß das kulturpolitische Klima, wie es sich in den letzten Jahren dargestellt hat, sich weiterhin verbessern wird und damit ihre Arbeit fruchtbar werden läßt.

Alles Gute für Ihre Zukunft und die der Universität Mannheim.

Prof. Dr. Heinz König

Zukunftsaufgaben und -probleme der Universität

Festvortrag des neuen Rektors

I

Nach dem Rechenschaftsbericht des Altrektors ist es naheliegend, die Programmatik des neuen Rektorats für seine Amtsperiode zu erwarten. Dies zu tun ist jedoch nicht meine Absicht, selbst wenn der Titel des Festvortrags vielleicht diese Erwartung suggeriert.

Natürlich könnte und muß auch der neue Rektor der Mannheimer Universität über die Schwierigkeiten und Hindernisse berichten, die den bisherigen Auf- und Ausbau der alma mater begleiteten und die es in Zukunft noch zu beseitigen gilt.

Natürlich muß er über die Restriktionen klagen, die Hochschulrahmengesetz, Universitätsgesetz, Kultuserlasse und nicht zuletzt ungenügende Finanzmittel der wissenschaftlich fundierten und die Berufschancen unserer Studenten sichernde Ausbildung setzen.

Und natürlich muß er nicht nur die notwendige Entbürokratisierung des Verwaltungsablaufs, die Rückgewinnung eines größeren Maßes autonomer Selbstverwaltung, sondern auch die immer schlechter werdenden Berufschancen des wissenschaftlichen Nachwuchses thematisieren.



Der neue Rektor Prof. König beim Festvortrag

Aber dieses erfolgt alles bei einer anderen Gelegenheit, denn wenn ich hier und heute darauf verzichte, so hat dies zwei Gründe: erstens hat der Altrektor in seinem Rechenschaftsbericht schon die Nöte und Sorgen der Mannheimer Universität angesprochen und einige Zukunftsperspektiven für Forschung und Lehre aufgezeigt. Zweitens aber, und das ist der eigentliche Grund, folge ich mit meinem Festvortrag einer alten, auch in stürmischen Zeiten nicht verloren gegangenen Gepflogenheit, nämlich Rektoratsübergaben nicht zum Anlaß für die Präsentation eines detaillierten Forderungskatalogs zu nehmen, sondern um allgemein-interessierende Fragen wissenschaftstheoretischer oder -politischer Art anzugehen.

Zwei Problemkomplexe, direkt miteinander verknüpft, sind Gegenstand der folgenden Überlegungen:

Erstens die Frage, ob im kommenden Jahrzehnt eine Akademikerschwemme zu erwarten ist, die sowohl nach ihrer Zahl als auch auf Grund mangelnder Übereinstimmung von Angebots- und Nachfrageprofilen zu einer ernsthaften Belastung des Arbeitsmarktes führt und die wegen der Nichterfüllung von Einkommens-, Beschäftigungs- und Staturerwartungen den Kern eines radikalen Protestpotentials darstellt, der wegen einer hohen politischen Motivation, seiner theoretischen Schulung und nicht zuletzt seiner verbalen Artikulationsfähigkeit Gesellschafts- und Wirtschaftssystem bedroht oder sogar eine Systemänderung bewirken kann.

Zweitens werde ich mich der Frage zuwenden, ob in den späten neunziger Jahren wegen der Auswirkungen des Geburtenrückganges, möglicherweise verstärkt durch einen Rückgang in den Übergangsquoten infolge eines Attraktivitätsschwundes akademischer Berufe Überkapazitäten an den Universitäten entstehen, die gewissermaßen das Rad der

deutschen Universitätsgeschichte um rund zweihundert Jahre zurückdrehen. Werden – überspitzt formuliert – wiederum wie damals, als Klein- und Kleinst-Universitäten wie Rinteln, Helmstedt, Bamberg, Fulda und Trier, aber auch bekannte Hohe Schulen wie Straßburg, Köln, Mainz und Bonn im Zuge der Napoleonischen Gebietsreformen, wegen des Verlustes an Internationalität und zunehmender Provinzialisierung und nicht zuletzt wegen der Einengung oder Beseitigung der kooperativen Selbstverwaltung durch landesherrliche Macht ihre Pforten schließen mußten, Volluniversitäten zu Berufs-Akademien schrumpfen oder Fakultäten und Fachbereiche regional konzentriert?

Apokalyptische Visionen sind ein Teil unseres christlich-jüdischen Erbes und insbesondere in der Nationalökonomie beinahe Tradition: von der Malthus'schen Überbevölkerung zur Marx'schen Dauerkrise des Kapitalismus bis hin zu den Weltuntergangsprognosen des Club of Rome. Trotz meiner Zunftzugehörigkeit werde ich keine weitere düstere Prognose aufstellen, wenngleich auch die Sorge um die zukünftige Entwicklung der Universität die Wahl des Themas mitbestimmt hat. Sicherlich sind die heutigen wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen andere und werden auch in der Zukunft der Universität als Institution noch einen gewissen Stellenwert in der Gesellschaftspolitik garantieren. Trotzdem: die Furcht vor drohenden Überkapazitäten in den 90er Jahren reflektiert sich schon heute in einer Umorientierung in der Bildungs- und Hochschulpolitik. An die Stelle des kapazitätsbegründeten Numerus Clausus tritt der bedarfsorientierte, die Überlastquote ersetzt den Ausbau der Universitäten zur Bewältigung des Studentenberges, eine Untertunnelung eben dieses Berges wird zur Vermeidung von Folgelasten angestrebt; angesichts der ungünstigen Altersschichtung der Hochschullehrer

besteht, wenn man auf einen weiteren personellen Ausbau der Universitäten verzichtet, die Gefahr, daß der wissenschaftliche Nachwuchs auf der Strecke bleibt und der Anschluß an die internationale wissenschaftliche Entwicklung verloren geht.

Bei der Behandlung dieser beiden Problemkreise werde ich auf eine Diskussion universitärer Organisationsformen und -strukturen, deren Vor- und Nachteile ebenso verzichten wie auf eine Erörterung der gesellschaftspolitischen Implikationen des Übergangs von der Elitebildung zur Massenuniversität. Ebenso wenig werde ich auf eine Behandlung der Probleme eingehen, wie der in den 80er Jahren zu erwartende Andrang von Studenten bewältigt werden kann, ohne die wissenschaftliche Qualität der Ausbildung und vor allem die Qualität und Umfang der Forschung zu gefährden. Darüber wird bei allen Gelegenheiten von kompetenten Hochschullehrern genügend gesprochen. Für einen Nationalökonom liegt es näher, die Thematik auf dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu analysieren. Dabei soll allerdings nicht vergessen werden, daß die Beantwortung der Frage, ob es zu viele oder zu wenige Hochschulabsolventen gibt, nicht einzig und allein ein ökonomisches Problem ist, dessen Lösungsansätze nur durch die wechselseitigen Zusammenhänge zwischen wirtschaftlichem Wachstum und strukturellen Umschichtungen im Erwerbspotential determiniert sind. Sie ist auch von den politischen Zielsetzungen her zu betrachten, denn wenn gesellschaftliche Normen die Frage „wieviel Akademiker brauchen wir im Jahre 1990“ durch die Frage „wieviel wollen wir“ ersetzen, dann kann im Rahmen einer umfassenden Bildungspolitik, bei denen die ausführenden Behörden über genügend Vollmacht verfügen, der Bedarf immer als richtig ausgewiesen werden, da die Regierung alle entscheidenden Instrumentarien kontrolliert.

II

Produzieren, so lautet also die erste Frage, die Universitäten am Bedarf vorbei? Die Antwort darauf muß zumindest zwei Aspekte umfassen: einen qualitativen, der insbesondere die Problematik des Praxisbezugs des Studiums einerseits und die Übereinstimmung von Angebots- und Nachfrageprofilen akademischer Berufe andererseits zum Gegenstand hat, mit Schlagworten wie Lehrer-, Ärzte-, Juristenschwemme beschrieben wird. Zweitens gibt es einen rein quantitativen, die Zahl der Hochschulabsolventen schlechthin betreffenden Aspekt. Auf die Qualitätskomponente der Frage werde ich später eingehen; zur Beurteilung der Größenordnungsproblematik scheint ein kurzer historischer Rückblick informativ und zweckmäßig.

Im ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik verdoppelte sich ungefähr die Zahl der Universitätsstudenten auf 256 Tsd. im Jahre 1960, bis zum Jahre 1970 stieg sie weiter auf rund 400 Tsd., um dann beinahe explosionsartig bis zum Wintersemester 1978/79 auf etwa 700 Tsd. anzuwachsen.¹⁾ Mit diesem Wachstumsprozeß ging eine Zunahme der Anteilsquoten der Studienanfänger an der jeweiligen Altersklasse von rund 3 auf 22 v. H. einher.

Diese Expansion im Bildungsbereich in der Bundesrepublik stellt keinen Einzelfall oder eine Ausnahmeerscheinung dar. Ähnlich vollzog sich dieser Prozeß in vielen westlichen Industrieländern, so daß heute die westeuropäischen Länder mit ungefähr gleichem Bevölkerungsbestand auch in etwa gleiche Studentenzahlen aufweisen: das Vereinigte Königreich rund 600 Tsd., Frankreich 880 Tsd. und Italien mehr als 900 Tsd. In der Bundesrepublik ist diese Zunahme in der Akademisierung zweifellos zum Teil ein Ergebnis der unter dem Schlagwort „Bildungsnotstand“ ausgelösten Bildungsreform, die man manchem Bildungswissenschaftler

als Vehikel dafür angesehen wurde, auf dem Wege der quantitativen Ausdehnung des Bildungssystems mehr Chancengerechtigkeit herzustellen. Schichtenspezifische Unterschiede in der Bildungsbeteiligung sollten abgebaut werden, so daß Schüler aus bildungsfernen sozialen Schichten in gleichem Grad an Hochschulen repräsentiert sein sollten wie Schüler aus bildungsnahen Schichten. Da in der extremsten Interpretation Begabung nur als eine erlernte Eigenschaft interpretiert wird, Begabung so gesehen nicht eine Voraussetzung, sondern das Ergebnis der Bildung ist, gab und gibt es aus dieser Sicht keine obere Grenze der Ausdehnung, d. h. keine Begabungsreserve. Die totale Partizipation aller an weiterbildenden Schulen und im Extremfall dann folgerichtig an der Universität, ist dann das Ziel einer „progressiven“ Bildungspolitik.

Die Orientierung der Bildungspolitik an dieser normativen Zielsetzung reicht jedoch zur Erklärung dieses Expansionsprozesses nicht aus, selbst wenn man ihn als richtig akzeptieren würde, wozu ich nicht bereit bin, da der empirische Nachweis dieser Hypothese über die Unbegrenztheit der Begabungsreserven bisher nicht erbracht wurde. Die unzulängliche Beweiskraft wird insbesondere deutlich, wenn man die angedeutete Gleichartigkeit der Entwicklung in anderen westlichen Industrieländern in Betracht zieht, in denen der Bildungsnotstand nicht in der deutschen Weise propagiert wurde, oder die sogar als eine Bezugsgröße für die Beurteilung des deutschen Notstandes herangezogen wurden. Gibt es also andere, vielleicht ökonomische Gründe für diesen Boom in der Studentenentwicklung?

Betrachten wir dazu die wirtschaftliche Entwicklung: In der Bundesrepublik wuchs von 1950 bis heute die Bevölkerung von 47 auf etwa 61 Millionen, gleichzeitig stieg das reale Bruttoinlandsprodukt (in Preisen von 1970) von 190 auf 841 Mrd. DM, d. h. das reale pro-Kopf-Einkommen verdrei-

fachte sich in diesem Zeitraum von rund 4000 auf 13800 DM. Gleichzeitig vollzog sich ein außerordentlicher Strukturwandel, gekennzeichnet durch einen starken Abbau der in der Landwirtschaft tätigen Erwerbspersonen von rund 23 v. H. auf etwa 5 v. H. und einer stetigen Zunahme der im tertiären Bereich Beschäftigten von 35 auf rund 50 v. H. Diese Umschichtung des Erwerbspotentials unterliegt einer, modernen Industrieländern eigenen Gesetzmäßigkeit: zunehmende Realeinkommen induzieren eine Umschichtung der Güternachfrage zugunsten höherwertiger Dienstleistungen, nachdem die Grundbedürfnisse wie Nahrung, Wohnung und Bekleidung erfüllt sind. Gleichzeitig erfordert die mit dem Industrialisierungsprozeß zunehmende Komplexität technischer Verfahren, aber auch wirtschaftlicher und politischer Abläufe, einen immer größer werdenden Bedarf an hochqualifizierten Berufen.

Diese von C. Clark und J. Fourastié auf den Strukturwandel des Erwerbspotentials abzielende Typisierung der wirtschaftlichen Entwicklung erklärt nicht nur den historischen Verdrängungsprozeß bestimmter Berufe, sondern auch — bei großzügiger Interpretation — die Gründungsstadien spezieller Universitäten. Der Mitte des letzten Jahrhunderts in Deutschland einsetzende Industrialisierungsprozeß verlangte nicht nur eine Weiterentwicklung tradierter handwerklicher Fertigkeiten um neue naturwissenschaftliche Erkenntnisse, sondern bildete damit auch die Voraussetzung für den Aufstieg der Zunftangehörigen: das war die Geburtsstunde der Technischen Hochschulen. Die Ausdehnung des nationalen und internationalen Handels sowie die zunehmende Komplexität wirtschaftlicher Vorgänge können später als eine der Ursachen — neben der traditionellen Abwehrhaltung von Universitäten gegenüber neuen Entwicklungen — für die Blütezeit der Neugründungen von Wirtschafts- und Handels-

hochschulen um die Jahrhundertwende angesehen werden. Entsprechend dieser These von Clark-Fourastié über die säkularen Entwicklungsstadien von Volkswirtschaften ist die Anfang der 60er Jahre propagierte Bildungskrise zum Teil nichts anderes als der Reflex einer ökonomisch notwendigen strukturellen Umschichtung des Erwerbspotentials zur Befriedigung der Bedürfnisse einer Dienstleistungsgesellschaft. Die starke Zunahme der Akademisierungsquote in den vergangenen Jahren wird einerseits dadurch begünstigt, daß steigende Realeinkommen es auch bildungsfernen Schichten ermöglichen, ihren Kindern einen wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg durch bessere Ausbildung zu bieten. Andererseits ist die von der Nachfrageseite her kommende Umschichtung in der Güterstruktur ein, diese Entwicklung abstützendes — oder, wenn man will, sogar verlangendes — Moment, da diese Änderung in der Komposition der Güternachfrage zugunsten höherwertiger Dienstleistungen bessere Arbeitsplatzchancen für höherqualifizierte Arbeitskräfte mit sich bringt.

Wie sieht die Zukunft aus? Rekurren wir auf Clark-Fourastié in der Argumentation, dann ist dieser Umschichtungsprozeß noch nicht abgeschlossen: Zwar wird das Tempo der Entwicklung zu einer Dienstleistungsgesellschaft mit zunehmendem Industrialisierungsgrad abnehmen, der Wachstumsprozeß wird aber weiterhin durch eine Zunahme des tertiären Sektors charakterisiert sein. Als Endstadium wird meist ein Einpendeln des Anteils des tertiären Sektors bei etwa 80 v. H. der Erwerbstätigen angesehen, so daß wir in einer langfristigen Perspektive ohne Zweifel eine hinreichende Aufnahmefähigkeit des Wirtschaftssystems für akademisch ausgebildete Berufe unterstellen können, wenn man die Problematik der Übereinstimmung von Angebots- und Nachfrageprofilen ausklammert.

Trotzdem: Reicht angesichts der düsteren Prognosen von Wirtschaftsforschungsinstituten, die für die Jahre 1985 bis 1995 je nach Annahme über Produktivitätsentwicklung einerseits und Wachstumsrate des realen Bruttosozialprodukts sowie Reduktion der Arbeitszeit andererseits eine Arbeitslosenzahl von 1,5 bis 2 Millionen prognostizieren, die Elastizität des Beschäftigungssystems aus, um Universitätsabsolventen einen ihrem Ausbildungsniveau entsprechenden Arbeitsplatz zu sichern? Die Prognose der Kultusministerkonferenz unterstellt bei status-quo Bedingungen bis zum Jahre 1988 eine Zunahme der Studentenzahlen in Langzeitstudiengängen auf beinahe 1 Million und erwartet erst ab 1995 wieder Studentenzahlen, die den heutigen entsprechen. Sicherlich sind auch Prognosen über die Angebotsentwicklung mit Fehlern behaftet: Änderungen in den Übergangsquoten und der mittleren Verweildauer beeinflussen ebenso Bestandsprognosen wie Änderungen im Weiterbildungsverhalten von Berufstätigen. Trotz dieser methodischen Bedenken bleibt aber die Frage, sind dies zuviel Studenten, die insbesondere in einer Situation permanenter Angebotsüberhänge auf dem Arbeitsmarkt einen nicht adäquaten Arbeitsplatz finden? Oder anders, leisten wir uns den Luxus einer Überproduktion der Überqualifikation?

III.

Zu der Vielzahl bereits vorhandener Bedarfsprognosen möchte ich keine weitere hinzufügen. Bereits der Deutsche Bildungsrat hat die Problematik der Treffsicherheit von Bedarfsprognosen für qualifizierte Arbeitskräfte eingehend untersucht und kommt zu dem Ergebnis, daß es nicht möglich sei, „den als Nachfrage am Arbeitsmarkt konkret werdenden Bedarf des Beschäftigungssystems an Arbeitskräften mit spezifischen Qualifikationen langfristig detailliert und zuverlässig vorauszusagen.“²⁾

Wie ungenau und problematisch derartige Bedarfsprognosen sind, läßt sich am leichtesten an zwei Beispielen verdeutlichen. Bedarfsprognosen für Absolventen wirtschaftswissenschaftlicher Studiengänge für die Bundesrepublik für das Jahr 1990 weisen eine Spannweite zwischen 3000 und 12000 Absolventen aus, die eine ihrer Ausbildung angemessene Beschäftigung finden, je nachdem ob in einem sog. man-power Ansatz status quo-Verhältnisse extrapoliert werden oder ein sog. Anforderungs-Profil verwendet wird, das von den Tätigkeiten in Leitungspositionen ausgeht.³⁾

Noch deutlicher wird diese Problematik durch ein historisches Beispiel illustriert, nämlich der Entwicklung und Prognose des Bedarfs an Naturwissenschaftlern im Vereinigten Königreich in den 50er und 60er Jahren. Hier wurde für diese Periode ein Mangel an Naturwissenschaftlern und Ingenieuren erwartet, so daß man einerseits einen starken Ausbau der natur- und ingenieurwissenschaftlichen Fakultäten betrieb, andererseits in den Oberschulen, insbesondere als der Anteil der naturwissenschaftlich orientierten Studenten zurückging, durch gezielte Förderungsmaßnahmen für „science“ warb. Bei den erstmals 1967 durchgeführten Erhebungen wurde überraschend festgestellt, daß zum einen die Lebenszeiteinkommen der Naturwissenschaftler unter denjenigen der Absolventen wirtschaftswissenschaftlicher und philologischer Studiengänge lagen, zum anderen aber auch Absolventen naturwissenschaftlicher Studiengänge die höchsten Arbeitslosenquoten aufwiesen. Der Marktmechanismus hatte also einwandfrei funktioniert und über Einkommens- und Beschäftigungssignale Studenten in die Studiengänge geführt, die attraktiv waren, während wissenschaftspolitische Zielsetzungen und Bedarfsprognose völlig an der Realität vorbeigingen.

Ursachen für diesen außerordentlichen Unschärfbereich von Bedarfsprognosen sind vor allem

- der Umstand, daß von der Prognose-Methodik her Voraussagen mit zunehmender zeitlicher Entfernung generell unsicherer werden,
- das statistische Material für Bedarfsprognosen fehlt, da weder die öffentliche Hand noch die Privatwirtschaft langfristige Personalpläne aufstellen und
- das Angebot an hochqualifizierten Arbeitskräften selbst eine Nachfrage induziert, sei es durch Schaffung neuer Tätigkeitsfelder oder auf dem Wege des Verdrängungswettbewerbs.

Lassen Sie mich daher die Problematik grundsätzlich behandeln, denn ob die Universitäten zu viel Studenten ausbilden oder nicht, ist letztlich eine Frage nach der Funktionsweise des Beschäftigungssystems. Wie stellt sich diese Funktionsweise gegenwärtig dar und wie müßte sie sich gegebenenfalls ändern, wenn Akademikerarbeitslosigkeit in größerem Umfang vermieden werden soll?

Orientiert man sich an der traditionellen Vorstellung eines engen linearen Zusammenhanges zwischen Beruf und Tätigkeitsfeld, dann lautet die Antwort auf die Frage nach der Aufnahmekapazität des Beschäftigungssystems für Akademiker uneingeschränkt: die Absolventenzahl wird den Bedarf an Akademikern übersteigen. In diesem Falle werden Berufsbezeichnungen meist mit einer relativ homogenen Tätigkeit in Verbindung gebracht und unterstellt, daß eine eindeutige Zuordnung von Produktionsverfahren, Produkt und Beruf existiert. Typisch für diesen Denkansatz sind die klassischen Berufe der deutschen Universitätsausbildung: der Arzt, der Richter, der Anwalt, der Geistliche und der Lehrer. Zwischen Ausbildungsabschluß und Beruf wird ein beinahe eindeutiger linearer Zusammenhang angenommen, der dann auch die Existenz abgeschlossener Teilmärkte für die einzelnen Berufsgruppen impliziert; übersteigt auf diesen Märkten das Angebot den Bedarf, dann kommt es zu der viel beschwore-

nen Ärzteschwemme, der Juristenschwemme, und nicht zuletzt, der Lehrerschwemme. Substitutionsbeziehungen zwischen diesen Teilmärkten — sprich: Berufen — sind in dieser Sicht ebensowenig vorhanden wie durch technologische oder arbeitsorganisatorische Fortschritte bedingte Wandlungen in den Tätigkeitsfeldern. Der in diesen Berufskategorien definierte Bedarf unterstellt weitgehend statische Bedingungen und basiert mehr auf technologischen Konzepten als ökonomischen Prinzipien. So mögen Lehrer-Schüler-Einsatzkoeffizienten pädagogischen Zielsetzungen entsprechen, korrespondieren aber nicht notwendigerweise mit dem Bedarf, der sich beispielsweise bei einer anderen relativen Einkommensposition einstellen würde.

Eine spezialisierte oder spezifisch beruflich orientierte Ausbildung, wie sie an deutschen Hochschulen seit der Humboldt'schen Reform vorherrscht, birgt bei starker Ausdehnung des Hochschulsektors immer die Gefahr von Beschäftigungsproblemen seiner Absolventen. Wegen zu geringer beruflicher Mobilität sind Beschäftigungsschwierigkeiten auf lange Sicht nicht auszuschließen. Eine derartige Spezialisierung wird aber, wie die bisherige Erfahrung zeigt, einer dynamischen Wirtschaft mit schnellem strukturellem Wandel nicht gerecht, denn eine zunehmende Technisierung erlaubt immer weniger eine eindeutige Zuordnung von Ausbildung, Beruf und Tätigkeit. Dieses gilt nicht nur für die in ihrer Konzeption von vornherein bereits diffusen Berufsbilder wie der eines Diplom-Volkswirts, eines Diplom-Soziologen oder vielleicht eines Diplom-Ingenieurs, sondern auch für ehemals eindeutig identifizierbare Berufe und Tätigkeiten. Der Chemiker oder Jurist als Kaufmann sind bekannte Beispiele, der Dozent der neueren Geschichte — heute Ministerpräsident — als Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik einer

renommierten Industriefirma allerdings noch eine Ausnahme.

Fazit: Die auch heute noch vorherrschende und zum Teil sogar zunehmende Spezialisierung in der Ausbildung birgt beträchtliche Gefahren in sich. Mangelnde Übereinstimmung von Anforderungsprofilen und beruflicher Qualifikation können insbesondere bei der weiteren Zunahme der Zahl der Hochschulabsolventen zu Ungleichgewichten auf den einzelnen Teilmärkten für Arbeitskräfte führen, deren Implikationen in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Hinsicht nicht zu vernachlässigen sind.

Welche Auswege gibt es aus diesem Dilemma der fehlenden Abstimmung von Angebot und Nachfrage? Einer besteht sicherlich in entsprechenden Bedarfsprognosen, deren Problematik schon skizziert wurde. Ein anderer Ausweg bietet die Umorientierung in den Ausbildungsinhalten und -formen an, nämlich nicht eine Vermittlung von berufsspezifischen Kenntnissen als zentralen Gegenstand des Studiums zu betrachten, sondern die Vermittlung sog. Schlüsselqualifikationen, die Wissen und Fähigkeiten für verschiedene berufliche Verwendungsmöglichkeiten beinhalten. Solche Schlüsselqualifikationen eröffnen eine Reihe von Optionen, wenn unvorhersehbare Änderungen im Beschäftigungssystem andere berufliche Anforderungen stellen. Allerdings ist das eigentliche Problem die konkrete Bestimmung der Schlüsselqualifikation und vor allem ihre Umsetzung in entsprechende Lehrinhalte. Gerade der mit Recht und Nachdruck geforderte größere Praxisbezug des Studiums sollte in diesem Kontext nicht falsch verstanden werden: nicht Aktualisierung und Konkretisierung von Studieninhalten an schnell sich ändernden Ansprüchen der Berufswelt — den Organisationsfachmann für den mittelständischen Betrieb der Lebensmittelbranche oder den Kalkulationsspezialisten für den industriellen

Großbetrieb — können das Ziel eines praxisnäheren Studiums sein, sondern vor allem methodische Denkschulung. Auch heute gilt noch die Auffassung von Johann Gottlieb Fichte, daß Universitäten Schulen der Kunst des wissenschaftlichen Verstandsgebrauchs sind. „Man studiert ja nicht, um lebenslänglich und stets den Examen bereit das Erlernte in Worten von sich zu geben, sondern um dasselbe auf die vorkommenden Fälle des Lebens anzuwenden. ... es ist demnach auch hier letzter Zweck keineswegs das Wissen, sondern vielmehr die Kunst, das Wissen zu gebrauchen.“

Für diese Form des Studiums, den Erwerb von Schlüsselqualifikationen, die letztlich die höhere berufliche Mobilität sichern soll, wird häufig das Konzept einer die Grundlagen schaffenden Breitenausbildung mit daran anschließender ein- oder mehrmaliger Spezialisierung also die wiederholte Folgeausbildung (recurrent education) angeführt. Das bedeutet jedoch die Abkehr von der deutschen Form der Universitätsausbildung und die Hinwendung zu derjenigen amerikanischer Universitäten.

Die Vorzüge eines derartigen Bildungssystems unter Arbeitsmarktgesichtspunkten sind evident: ein System mit flexiblen Übergängen reagiert nicht nur besser und schneller auf Änderungen von Arbeitsmarkterfordernissen, sondern reduziert auch Friktionen, die aus berufsbezogenen Einkommens- und Stuserwartungen resultieren, da die diffuse Zuordnung von Ausbildung und Beruf traditionell orientierte Erwartungen per se ausschließt.

Zwei Probleme seien hier aus Zeitmangel nur angedeutet. Erstens, Universitäts- und Schulsystem sind nicht voneinander unabhängig, sondern bauen aufeinander auf. Das gilt für das amerikanische System der Breitenausbildung in den Colleges und der daran anschließenden Spezialisierung genauso wie für die Struktur des deutschen Bildungswesens. Die Übernahme von Teilaspekten

anderer Bildungssysteme und Organisationsstrukturen ohne Berücksichtigung der Gesamtfunktionsweise hat sich bisher im nachhinein kaum als Gewinn erwiesen. Das zeigt die simple, kaum erfolgreiche Übertragung des Departmentsystems amerikanischer Hochschulen auf deutsche Universitäten ebenso wie die Konzeption der anstellungsbefristeten, dem deutschen Beschäftigungssystem artfremden und daher wenig attraktiven Assistenzprofessur. Zweitens, wenn die Bindung zwischen Ausbildung, Beruf und Tätigkeit immer loser wird oder sogar fehlt, bilden Diplom-Zeugnisse und Staatsexamina nur noch ein, u. U. sekundäres Beurteilungskriterium für den Berufsanfänger. Schlüsselqualifikationen und Sozialfertigkeiten wie Organisationsbegabung, Planungs- und Führungstalent, Informations- und Kommunikationsfähigkeit gewinnen dann an Bedeutung, so daß die ihnen zugeordnete Rangordnung für den Arbeitssuchenden noch wichtiger wird als der konkrete Ausbildungsinhalt.

Eine stärkere Verflechtung zwischen Wissenschaft und Praxis ist dann mehr denn je für eine adäquate Ausbildung erforderlich, da nur auf dem Wege des feed-back die Informationen über die zukünftige Entwicklung des Beschäftigungssystems erhältlich sind, die einen flexiblen und reibungslosen Übergang von der Hochschule in die praktische Tätigkeit gewährleisten.

Fassen wir zunächst zusammen: die im nächsten Jahrzehnt zu erwartende Zunahme der Universitätsabsolventen ist in den Arbeitsprozeß integrierbar, wenn das Beschäftigungssystem hinreichend flexibel ist. Diese Forderung nach Flexibilität ohne die Berücksichtigung ökonomischer Auswirkungen und gesellschaftspolitischer Konsequenzen wäre jedoch ebenso töricht oder besser: unrealistisch, wie die Proklamation des Bildungsstandes durch einen Hinweis auf Akademikerquoten in Nachbarländern ohne Bezugnahme auf die Unter-

schiede im jeweiligen Beschäftigungssystem. Der Hinweis auf die hohe Akademikerquote in den Vereinigten Staaten sagt nichts über mögliche Sättigungsgrenzen der Bildungsexpansion aus, wenn nicht ausdrücklich die unterschiedliche Grundkonzeption des Beschäftigungssystems berücksichtigt wird.

IV.

Zwei Probleme scheinen mir daher vor einer endgültigen Beurteilung der Fragestellung diskussionswürdig: erstens die Frage, ob die mit einer zunehmenden Akademisierung erwartete Schlechterstellung in der Einkommenspyramide, der Verlust an Sozialprestige der betroffenen Berufe und schließlich auch eine mögliche Frustration der Betroffenen am Arbeitsplatz wegen einer Überqualifikation zu gesellschaftlichen Konflikten führt, so daß letztlich die sozialen Kosten der Bildungsexpansion größer als der Nutzen einer größeren Chancengleichheit sind.

Zweitens sei gefragt, ob sich der Anpassungsprozeß ohne größere Friktionen vollzieht oder ob infolge demographischer Zyklen und auf Grund falscher Erwartungen Ungleichgewichte auf den einzelnen Teilmärkten für Arbeitskräfte auftreten, die langfristig eine Fehlallokation der volkswirtschaftlichen Ressourcen beinhalten.

Eine Zunahme der Akademisierung könnte, insbesondere wenn sie auf einen stagnierenden Arbeitsmarkt trifft, eine Nivellierung in den relativen Einkommensunterschieden zwischen höher und niedriger qualifizierten Arbeitskräften induzieren; entsprechend der allgemeinen Theorie der Preisbildung würde das größere Angebot an hochqualifizierten Arbeitskräften bei gegebenem Bedarf zu einer relativen Preis- sprich: Lohnsenkung führen. Mit diesem vermehrten Angebot kommt es zu einer steigenden Konkurrenz um die bisher weniger Qualifizierten zugeordneten

Arbeitsplätze und Berufspositionen. Hochqualifizierte dringen in mittlere Positionen ein und verdrängen weniger Qualifizierte auf niedrigere Ebenen der Positionshierarchie. Dieser Verdrängungseffekt, der das Arbeitsplatzrisiko niedrig qualifizierter Arbeitnehmer erhöht und damit ihre Chancengleichheit mindert, kann sicherlich zur Folge haben, daß die Einkommens- und Stuserwartungen von Hochschulabsolventen nicht erfüllt werden. In jüngster Zeit wird deshalb häufig als eine der negativen Folgen der Bildungsexpansion die These der Überqualifikation diskutiert, also daß Universitätsabsolventen keine adäquate Beschäftigung finden und unter unzufriedenstellenden Bedingungen arbeiten müssen. Erinnerung sei an den Taxi-chauffierenden Diplom-Physiker oder Diplom-Mathematiker.

Führt also die Bildungsexpansion tatsächlich auch zu einer größeren Gleichheit in der Einkommensverteilung? Genau das Gegenteil scheint der Fall zu sein, soweit wir das aus den bisherigen Erfahrungen beurteilen können. Maßgebend dafür sind vor allem zwei Gründe: erstens bedingt die Intensivierung des technischen Fortschritts eine Mehrnachfrage nach hochqualifizierter Arbeit, so daß der durch das größere Angebot ausgelöste Druck auf die Einkommen dieser Arbeitskräfte durch die Mehrnachfrage konterkariert wird.

Zweitens wird ein weiterer Kompensationseffekt durch das stärkere Wachstum der Ausgaben der öffentlichen Hand im Vergleich zum Bruttosozialprodukt bewirkt. Während bisher in der Finanzwissenschaft davon ausgegangen wurde, daß eine wachsende Staatsquote die Struktur der Faktorentgelte nicht beeinflusse, gibt es neuerdings doch zahlreiche Hinweise dafür, daß die Subventionierung von Gütern und Dienstleistungen in den westlichen Wohlfahrtsgesellschaften, und zwar generell und nicht nur die Subventionierung der Leistungen im Erziehungs-, Gesundheits- und Sozialwe-

sen, — ebenfalls die Nachfrage nach hochqualifizierter Arbeit begünstigt.⁴⁾

Ökonomen wie der Nobelpreisträger J. Tinbergen vergleichen diese Effekte mit einem Rennen zwischen Wachstum und Einkommensverteilung, das durch die Bildungsexpansion in Gang gebracht wurde: höhere Qualifikationen der Arbeitskräfte begünstigen wegen einer größeren Innovationsfreude das wirtschaftliche Wachstum, bewirken gleichzeitig durch die Umschichtung in der Nachfrage nach Gütern einen Mehrbedarf noch höherer Qualifikationen, der in einer Differenzierung in der Einkommensverteilung resultiert. Niedriger qualifizierte Arbeitskräfte werden immer mehr an das untere Ende der Einkommenskala gedrängt und tragen dabei auch noch das größere Arbeitsplatzrisiko. „Hic sunt leones“ möchte man den Propagandisten des Chancengleichheitskonzeptes durch Expansion zurufen!

Diese Auswirkungen auf die Einkommensverteilung beantworten jedoch noch nicht die Frage nach einer möglichen Überqualifikation und der daraus wegen des Auseinanderklaffens von Erwartungen und Realität sich ergebenden höheren Konfliktbereitschaft. Führt — so lautet unsere nächste Frage, die Nichterfüllung von Erwartungen, die an in der Vergangenheit gegebenen Tatbeständen wie Einkommen, Sozialprestige und hierarchische Stellung ausgerichtet waren, neben einer zunehmenden Aggressivität gegenüber der herrschenden Gesellschaftsordnung oder einem steigenden drop out aus dem System, auch zu einer Verminderung des Leistungsanreizes?

Der erste Aspekt — die Zunahme von Konfliktbereitschaft aufgrund von Enttäuschungen fällt in den Bereich der Soziologie und Sozialpsychologie. Ich werde daher diesen, sicherlich sehr interessanten Teil der Frage wegen fehlender Kompetenz nicht weiter behandeln. Eines scheint mir aller-

nur bei einer Reduzierung traditionell geprägter Einkommens- und Prestigeerwartungen wird eine Eingliederung von Hochschulabsolventen in das Erwerbsleben ohne größere Friktionen möglich sein. Der vorhin angesprochene Verdrängungswettbewerb bei geringer qualifizierten Arbeitskräften bedeutet gleichzeitig, daß Tätigkeiten ausgeübt werden, die nicht mit den traditionellen Elite-Vorstellungen in Übereinklang zu bringen sind. Wenden wir uns dem zweiten Teilaspekt zu, nämlich ob Erwartungsenttäuschungen und daraus resultierende Rückgänge in der Leistungsmotivation letztlich eine negative Auswirkung auf den Wachstumsprozeß haben, so daß die Grundgleichung der Bildungsökonomie — mehr Ausbildung = höhere Qualifikation der Arbeit = höhere Arbeitsproduktivität = höheres Wachstum — nicht mehr zutrifft. Abgesicherte empirische Erkenntnisse über den Zusammenhang zwischen Qualifikation, Arbeitsplatzanforderung und Leistungsbereitschaft liegen m. W. bisher noch nicht vor. Die historische Erfahrung spricht jedoch dafür, daß langfristig eine Zunahme der Qualität der Arbeit nicht mit einem Abbau des Leistungswillens einhergeht und deshalb auch damit gerechnet werden kann, daß die höhere Qualifikation zu einer Zunahme des Wachstums führen wird. Kurzfristig sind Friktionen denkbar, insbesondere wenn Angebots- und Nachfrageprofile von Arbeitskräften weit auseinanderklaffen und die Substitutionsbeziehungen mit anderen Teilmärkten gering sind. Investitionen in Humankapital sind langfristig immer noch eine produktivitätssteigernde Ausgabe: Und sie werden vor allem wichtiger, weil eine zunehmende Komplexität technologischer, wirtschaftlicher und schließlich auch politischer Abläufe innovatives Lernen erfordert, um über neue Erkenntnisse und bessere Einsichten in zukünftigen Zeiten der Knappheit der externen Ressourcen ernsthaftere Krisen unseres Gesell-

schaftssystems zu meistern. Hier sei nur an die jüngsten Thesen des Club of Rome in seiner Schrift „The Human Gap — No Limits to Learning“ erinnert.

Kommen wir nun zu dem zweiten Aspekt, den zyklischen Schwankungen des Beschäftigungssystems und einer daraus möglichen Fehlallokation des Faktors Arbeit. Unregelmäßige Altersstrukturen der Beschäftigten in einzelnen Industriezweigen oder Berufen verursachen, wie wir wissen, sog. Ersatznachfragezyklen. Diese schlagen sich in überdurchschnittlichen Veränderungen der Einkommen der Betroffenen nieder, die dann ihrerseits zu den in der Volkswirtschaftslehre bekannten Spinnweb-Zyklen führen: hohe Nachfrageüberschüsse in einem Beruf implizieren starke Gehaltssteigerungen, die dann wegen der langen Ausreifungszeit akademischer Berufe als permanent angesehen werden und dann Jahre später in einem Angebotsüberschuß resultieren. Ein typisches Beispiel liefert der Markt der Hochschullehrer, der in den Zeiten der Universitätsexpansion außergewöhnlich attraktiv war, damit auch innovationsfreudige Persönlichkeiten anzog, nun aber wegen schlechter Berufsaussichten jede Anziehungskraft verliert, insbesondere für dynamische Persönlichkeiten. Der Bedarf des Arbeitsmarktes und die damit verbundenen Auswirkungen auf Einkommen, beruflichen Status und Aufgabenbereich gehen in die Erwartungen derjenigen ein, die eine Ausbildungsentscheidung zu treffen haben. Fehleinschätzungen führen dann, insbesondere wenn sie durch politische Zielaussagen oder Bedarfsprognosen gleichgerichtet sind, zu zyklischen Schwankungen. Existieren tatsächlich unvollkommene Märkte, dann signalisieren kurzfristig vorhandene Engpaß-Situationen Knappheitsrelationen, die zu langfristigen Ungleichgewichten führen. Diese Schwankungen in der Nachfrage sind entweder nur durch adäquate Bedarfspla-

nung vermeidbar — und wer kennt den richtigen Bedarf? — oder wenn durch eine Verstärkung der Substitutionsbeziehungen zwischen den Teilmärkten für eine größere Flexibilität des Beschäftigungssystems gesorgt wird.

V.

Wirtschaftliches Wachstum wird durch die vorhandenen finanziellen und menschlichen Ressourcen begrenzt. Nicht nur eine rationale Aufteilung der finanziellen Mittel ist daher erforderlich, sondern auch eine richtige Ausbildung der Arbeitskräfte. Mit der Verlangsamung des Wachstumsprozesses seit der Mitte des letzten Jahrzehnts tritt an die Stelle des extensiven, durch die quantitative Zunahme des Arbeitspotentials bestimmte Wachstum, das intensive Wachstum durch Steigerung der Arbeitsproduktivität. Dazu gehört die verstärkte Einführung technischer Neuerungen, die Steigerung der Qualität des Arbeitsangebots durch verbesserte Ausbildung und Bildung, vor allem aber die Verbreiterung des Grundlagenwissens. Das gilt insbesondere für die Bundesrepublik, die zwar in den nächsten Jahren infolge der geburtenstarken Jahrgänge der frühen 60er Jahre noch einen Zuwachs im Erwerbspotential erwartet, dann aber nur über die Erhöhung der Qualität der Arbeit und über die Intensivierung des technischen Fortschritts ihre Realeinkommensposition absichern kann.

Die Qualität akademischer Ausbildung ist allerdings nicht nur eine einfache Funktion der Qualität der pädagogischen Vermittlung vorhandenen Wissens, sondern vor allem der Qualität der Grundlagenforschung. Dieses Prinzip der Einheit von Forschung und Lehre wird häufig — insbesondere unter Hinweis auf den hohen Grad der Abstraktion und Theoretisierung wissenschaftlicher Forschung — als wenig praxisbezogen und daher für die Massenausbildung wenig relevant oder sogar redun-

dant — als allgemeine Zielsetzung wissenschaftlicher Anstalten zugunsten einer differenzierten Betrachtung — Forschung für wenige, Lehre an allen Hochschulen — in Frage gestellt. Zwischen theoretischen Erkenntnissen und praktischer Anwendung bestehen jedoch enge Zusammenhänge, die in ihrer ökonomischen Bedeutung nur zu schnell in Vergessenheit geraten. Zahlreiche Beispiele verdeutlichen dies: von der Hertz'schen Entdeckung der Kurz-welle, von ihm selbst als nutzlos bezeichnet, bis hin zur modernen Elektronenindustrie und Computer-Wissenschaft; von den Darwin'schen Experimenten über das Pflanzenwachstum bis zu modernen Unkrautvernichtungsmitteln; von Pasteurs Arbeiten über die kristalline Struktur chemischer Verbindungen bis zur Mikrobiologie und — last not least — von Einsteins Relativitätstheorie bis zum Atomkraftwerk.

Je mehr in der Zukunft steigende Rohstoffpreise einen Realeinkommenstransfer in das Ausland zur

Folge haben, um so dringlicher wird die Intensivierung der Grundlagenforschung zur Stimulierung des technischen Fortschritts, zur Beherrschung wirtschaftlicher, sozialer und politischer Abläufe und damit — schlechthin — zur Sicherung der Vollbeschäftigung und der Stabilität unseres demokratischen Gesellschaftssystems.

- 1) Quellen: für 1950, 1960 und 1970: M. Tessaring und H. Werner, Beschäftigungsprobleme von Hochschulabsolventen im internationalen Vergleich, Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Bd. 53, Göttingen 1975, p. 68 Tabelle 17B, für 1978/79: Prognose der Studienanfänger, Studenten und Absolventen bis 1995, Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz, 58, 1978, Tab. AIV.
- 2) Deutscher Bildungsrat, Zur Planung berufsqualifizierender Bildungsgänge im tertiären Bereich, Bonn 22. 6. 1973, p. 37.
- 3) Vgl. H. Albach, G. Fandel und W. Schüler, Hochschulplanung. Baden-Baden 1978, p. 325 f.
- 4) J. Pen und J. Timhagen, Naar een rechtsvaardiger inkomensverdeling. Amsterdam 1977.

Gudrun Höhl

Goldene Carl Ritter-Medaille für Ernst Plewe



Prof. Plewe (rechts), wird zu seinem 70. Geburtstag von Altrektor Prof. Waffenschmidt begrüßt.

Herrn Professor Dr. phil. Ernst Plewe, Emeritus am Geographischen Institut der Universität Mannheim, wurde aus Anlaß der 200. Wiederkehr des Geburtstages von Carl Ritter eine hohe Ehrung zuteil. Ihm wurde in der Festsitzung des Internationalen Symposiums „Carl Ritter und sein Einfluß auf die wissenschaftliche Geographie“, veranstaltet vom 1. - 3. November 1979 von der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin und der Stiftung Preußischer Kulturbesitz in den Räumen der neuen Staatsbibliothek, Berlin, die Goldene Carl Ritter-Medaille in „Würdigung seiner hervorragenden Verdienste um die Geographische Wissenschaft“ verliehen. Der Text der Urkunde, den Herr Professor Dr. Burkhard Hofmeister, Vorsitz der ältesten, 1828 von Carl Ritter in Berlin mitbegründeten deutschen geographischen Gesellschaft — nach Paris der zweitältesten überhaupt —, verlas, lautet: „Die Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin ehrt einen

Wissenschaftler, der mit seinen vielseitigen Arbeiten zur Geschichte und Methodik des Faches und durch eine umfangreiche Herausgeberschaft die Geographie gefördert und mit zahlreichen Beiträgen über die Oberrheinlande der deutschen Landeskunde neue Impulse gegeben hat.“ Damit ist Professor Plewe der 14. Träger der vor rund 100 Jahren am 4. Mai 1878 unter dem Vorsitz von Freiherrn von Richthofen gestifteten Goldenen Carl Ritter-Medaille der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin, eine Auszeichnung, die vor ihm die führenden Geographen Peter von Semenow (1900), Hermann Wagner (1908), Sven Hedin (1918), Joseph Partsch (1923), Alfred Hettner (1928), Robert Gradmann (1933), Siegfried Passarge (1953), Otto Schlüter (1953), Hans W:son Ahlmann (1959), Carl Troll (1959), Edwin Fels (1968), Emil Meynen (1978) und Ernst Neef (1978) erhalten hatten.

Ernst Plewe, seit über 40 Jahren mit wissenschaftshistorischen und methodischen Untersuchungen in der Geographie befaßt und Autor einer Reihe von Biographien bedeutender Kosmographen, Geographen und Entdeckungsreisender wie Anton Friderich Büsching, Heinrich Steffens, Alexander von Humboldt, Carl Ritter, Heinrich Barth, Ferdinand von Richthofen, Eduard Hahn, Walter Tuckermann, Heinrich Schmitthenner, Hermann Lautensach u. a., ist mehrfach mit profunden Beiträgen über Carl Ritter, den Zeit- und Fachgenossen Alexander von Humboldts, hervorgetreten, beide als Begründer der modernen Geographie, Carl Ritter zugleich als Begründer der deutschen Hochschulgeographie und Inhaber des ersten, 1820 für ihn geschaffenen Lehrstuhls für Geographie an der 1810 durch Initiative Wilhelm von Humboldts errichteten Universität in Berlin. Dem Festvortrag Plewes über „Carl Ritters Stellung in der Geographie“ auf dem Deutschen Geographentag in Berlin 1959, dem 100. Todesjahr des Doppelgestirns A. v. Humboldt und C. Ritter, folg-